



adelphi



Running up that hill - Transatlantische Klimapolitik vor einem Neustart

Dennis Tänzler, adelphi

Alle Rechte vorbehalten. Die durch adelphi erstellten Inhalte des Werkes und das Werk selbst unterliegen dem deutschen Urheberrecht. Beiträge Dritter sind als solche gekennzeichnet. Die Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes bedürfen der schriftlichen Zustimmung. Die Vervielfältigung von Teilen des Werkes ist nur zulässig, wenn die Quelle genannt wird.

Politik Papier im Auftrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Bundestag

Zitiervorschlag

Tänzler, Dennis 2021: Running up that hill – transatlantische Klimapolitik vor einem Neustart. Politikpapier im Auftrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Bundestag. Berlin: adelphi.

Impressum

Herausgeber: adelphi consult GmbH
Alt-Moabit 91
10559 Berlin
+49 (030) 8900068-0
office@adelphi.de
www.adelphi.de

Autor: Dennis Tänzler, Direktor und Head of Programme Climate Policy
Gestaltung: adelphi
Bildnachweis: Pierre Blaché – pixabay (Cover)

1. Einleitung

Vier Jahre Präsidentschaft von Donald Trump neigen sich dem Ende zu. Die Auszählungsergebnisse der Wahl vom 3. November 2020 haben zum Teil auf sich warten lassen, bis es klar war, dass es keine 2. Amtszeit geben wird, sondern der demokratische Kandidat Joe Biden am 20. Januar ins Weiße Haus einziehen wird. Die Machtübergabe steht zudem im Schatten des Sturms auf das US-Kapitol durch AnhängerInnen von Donald am 06. Januar 2021, der weitreichende Folgen für die amerikanische Politik in den kommenden Jahren haben wird. Der aufreibende und kontrovers geführte Wahlkampf hat bereits deutlich gemacht, wie wichtig das Wahlergebnis für die amerikanische, aber auch internationale Klimapolitik sein wird.

Mit dem Sieg Bidens können -die USA wieder in den Kreis treibender Kräfte in der internationalen Klimapolitik aufsteigen und dort anknüpfen, wo sie mit der erfolgreichen Aushandlung des Pariser Abkommens unter der Obama-Administration aufgehört haben. Hierfür spricht nicht nur der von dem neuen Präsidenten während des Wahlkampfes veröffentlichte Klimaschutzplan, sondern auch erste Verlautbarungen und personelle Entscheidungen nach dem Wahlsieg. Gleichzeitig zeigen die Wahlen ein immer tiefer gespaltenes Land, so dass die notwendigen Weichenstellungen für ambitionierte Klimapolitik nicht ohne weiteres vom Weißen Haus aus erfolgen können. Immerhin konnten die Demokraten auch aus den Stichwahlen um zwei Senatssitze in Georgia als Sieger hervorgehen, so dass sie durch die entstandene Pattsituation bei den Senatssitzen nun eine Quasi-Mehrheit bei Abstimmungen aufweisen.

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse stellt sich die Frage: Was kann Deutschland, was kann die EU tun, um den Neustart strategisch sinnvoll zu nutzen? Die Herausforderungen Deutschlands und der Vereinigten Staaten sind sich hierbei nicht unähnlich. In den kommenden Jahren müssen weitreichende Transformationen angegangen werden, die zum Beispiel in Kohleregionen oder mit Blick auf verschiedene Industriezweige (z.B. Automobilsektor) auf unterschiedene Widerstände treffen. Es ist demnach erforderlich, bei der konkreten Ausgestaltung der Transformationsagenda Fragen der Gerechtigkeit (z.B. mit Blick auf die soziale Ausgestaltung der Transformation) genauso zu adressieren, wie bestehende geostrategische Diskurse im Bereich der Energiepolitik, die unter dem Leitbild der *Energy dominance* eine hohe Wirkungsmacht im Laufe der letzten vier Jahre in den US entwickelt hat.

Um diese Herausforderungen aus einer transatlantischen Perspektive anzugehen, müssen Kooperationen auf unterschiedlichen Ebenen angeschoben werden. Neben der Zusammenarbeit mit der neuen US-Regierung braucht es neue Allianzen für Klimaschutz auf Ebene des US-Kongress, mit der Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die weit in die amerikanische Gesellschaft hineinreichen. Mögliche Optionen und Handlungsebenen sind vor dem Hintergrund des Wahlausgangs, aber auch mit Blick auf die gegenwärtigen klimapolitischen Diskussionen in Deutschland und Europa zu identifizieren und kritisch zu erörtern. Das zum Abschluss dieses Papiers skizzierte 8-Punkte-Programm verdeutlicht, wie vielfältige eine gemeinsame Kooperationsagenda gestaltet werden kann und muss, um der Klimakrise transatlantisch entschlossen entgegenzutreten.

2. Einordnung der US-Wahl

Das Wahlergebnis der Präsidentschafts- und Kongresswahlen vom November 2020 hat - entgegen vieler Prognosen - nur einen vergleichsweise knappen Sieg des demokratischen Kandidaten Joe Biden im Rennen um das Weiße Haus ergeben. Durch knappe Zugewinne in den Rennen um den US Senat ist durch die Siege der beiden demokratischen Kandidaten in der Nachwahl im Bundesstaat Georgia am 5. Januar 2021 ist immerhin noch eine Patt-Situation zwischen den Republikanern und Demokraten im US-Senat entstanden, so dass bei Stimmgleichheit die neue Vizepräsidentin Kamala Harris, die aufgrund ihres Amtes auch Senatspräsidentin ist, mit ihrer Stimme den Ausschlag geben wird. Im US-Repräsentantenhaus hingegen mussten die Demokraten sogar Verluste hinnehmen und bei den Zwischenwahlen 2022 könnten sich dort die Mehrheitsverhältnisse wieder zugunsten der Republikaner ändern. Die Tatsache, dass mehr als 70 Millionen Wählerinnen und Wähler für den Amtsinhaber Donald Trump gestimmt haben, steht für eine tiefe gesellschaftliche Spaltung des Landes. Der Amtsinhaber erhielt damit knapp 10 Millionen mehr Stimmen als bei der Wahl 2016, was auch der hohen Wahlbeteiligung zuzuschreiben ist.

Regional lässt sich diese Spaltung entlang der traditionellen Hoheitsgebiete der Demokratischen und Republikanischen Partei ablesen. An den Küstenstreifen im Osten und Westen des Landes dominiert wesentlich die Demokratische Partei, im Landesinneren die Republikanische Partei. Um die magische Grenze von 270 Wahlmännern – und -frauenstimmen zu erlangen, erwiesen sich einmal mehr einzelne Swing States wie Arizona, Georgia, Michigan, Pennsylvania oder Wisconsin als entscheidend. Durch Siege Bidens in diesen Einzelstaaten konnte eine Wiederwahl Trumps verhindert werden.

Betrachtet man die übergeordneten Präferenzen einzelner gesellschaftlicher Milieus für den Amtsinhaber und seinen Herausforderer, so zeigen sich zum Teil aber auch eher unerwartete Entwicklungen. Zum Beispiel fielen mit Blick auf die Rolle von Geschlecht oder Rasse (etwa mit Blick auf WählerInnen mit einem afroamerikanischen oder hispanischen Hintergrund) die Präferenzen für den demokratischen Bewerber nicht immer so eindeutig aus, wie es vorab erwartet worden war. Bei den afroamerikanischen WählerInnen verzeichneten die Demokraten Verluste von 4 Prozentpunkten, regional zeigte sich zudem in Florida, dass es deutliche Verluste bei der Wählergruppe mit lateinamerikanischer Herkunft gab.¹ Florida kann als Beispiel dafür dienen, wie sich kleine Veränderungen in der Gunst des WählerInnenklientels auf die Erfolgsaussichten in einem ganzen Bundesstaat auswirken können – und damit ggf. auch auf der Ebene des ganzen Landes.

Andererseits erwies sich die Altersfrage als sehr relevant, wenn es um die Partei-Präferenzen für mögliche Lösungen in der Klima- und Energiepolitik geht. Wie eine Umfrage unter den ParteianhängerInnen entlang dreier Altersgruppen bereits im Spätsommer aufzeigt, ist - jenseits der grundlegenden Ablehnung einer ambitionierten Klimapolitik in der Republikanischen Partei - die Gruppe von Millennials und Jüngeren am ehesten offen für Maßnahmen in diesem Bereich, v.a. was die Förderung erneuerbarer Energien angeht.² Hier lässt sich für eine Überwindung der klimapolitischen Spaltung vielleicht am ehesten ansetzen.

Das Wahlergebnis in einzelnen Swing States wie Arizona und Georgia legt schließlich nahe, dass das Ausmaß der Klimakrise sowie die Chancen der Energiewende eine bedeutende

¹ Siehe Dethlefsen, Knut und Knut Panknin 2020 : Blaue Mauer statt blaue Welle. Washington, DC: FES.

² Siehe Pew Research Center 2020 : [How important is climate change to voters in the 2020 election ?](#)

Rolle im politischen Wettkampf einnehmen können, auch wenn hierzu noch genauere Wahlauswertungen abzuwarten sind.³ In Arizona, enorm von Extremhitze, Trockenheit und Waldbränden betroffen und damit amerikanischer Inbegriff des Klimanotstands, ist der Bundesstaat das erste Mal seit langem bei den Präsidentschaftswahlen an die Demokraten gegangen. Weitere eher konservativ eingestellte Staaten wie Nevada oder New Mexico verdeutlichen bei zeitgleich im November abgehaltenen Wahlen zu Gouverneursposten oder auch Gesetzen in Bezug auf die ambitionierte Förderung erneuerbarer Energien, dass auch breite Wählerschichten in einem eher konservativen Spektrum eine Leugnung der Klimakrise und der gesamtgesellschaftlichen Potentiale nachhaltiger Lösungen nicht akzeptieren.⁴

³ Der tatsächliche Einfluss des Klimawandels auf die Wahlentscheidung ist äußerst komplex. Analysen in Arizona z.B. weisen zwar in die Richtung, aber selbst NGOs sind in dieser Hinsicht vorsichtig. Siehe <https://www.sierraclub.org/sierra/climate-voters-are-coming>.

⁴ Siehe Buchsbaum, Michael L. 2020: [Not presidential: Down-ballot victories propel clean energy advances](#).

3. Die (inter-) nationale Klimapolitik – was ist unter den neuen Mehrheitsverhältnissen zu erwarten?

3.1. *Die unabhängige Variable* – der Präsident: Wiedereintritt der USA in das Pariser Klimaabkommen

Die Rückkehr zum Paris Abkommen

Der in der globalen Öffentlichkeit am stärksten wahrgenommene Faktor in Präsident Donald Trumps Klimapolitik war sicher der Rückzug aus dem Pariser Abkommen von 2015. Zwar hatten sich bereits Vorgänger im Weißen Haus der internationalen Klimapolitik verweigert, aber die Klimakatastrophe als Problem wurde an sich nie zuvor so massiv geleugnet – und dies angesichts deutlich sichtbarer Auswirkungen der Klimakrise in Amerika selbst. Der Rückzug aus dem Abkommen, welches keinem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag entspricht, wird nach allen Verlautbarungen des neuen Präsidenten Joe Biden und seines Umfelds unmittelbar nach seinem Amtsantritt am 20. Januar 2021 von Joe Biden revidiert. Formal sind hierzu auch keine wesentlichen weiteren Schritte als ein Brief an die Vereinten Nationen seitens der neuen Administration notwendig, der zum Wiedereintritt in den nächsten 30 Tage führt. Der Senat müsste hierbei nicht mal beteiligt werden. Aber damit ist auch lediglich ein erster Schritt unternommen. Joe Biden hat bereits angekündigt, dass er zusätzlich innerhalb der ersten hundert Tage seiner Amtszeit einen internationalen Gipfel mit den größten Emittenten von Treibhausgasen anstrebt, um eine neuen Dynamik für die internationale Klimapolitik zu erzeugen.⁵

Ausgestaltung eines neuen nationalen Klimabeitrags (NDCs)

Durch den am 4. November 2020 vollzogenen Ausstieg der USA aus dem Pariser Abkommen ist auch der eingereichte nationale Klimabeitrag (NDC) ungültig. Allerdings sind die USA wie auch die meisten anderen Länder ohnehin dazu angehalten, einen neuen bzw. erweiterten Beitrag für die UN-Klimakonferenz (COP26) im November 2021 in Glasgow einzureichen. Hierfür kann der im Wahlkampf vorgelegte Klimaplan als Ausgangspunkt dienen, um die maßgeblichen Pfeiler für ein ambitioniertes 2030- Ziel und das Erreichen von Klimaneutralität zur Mitte des Jahrhunderts zu erreichen. Dieser reicht von den Ankündigungen, das Land bis 2050 klimaneutral zu stellen und den Stromsektor bis 2035 zu dekarbonisieren bis hin zu nachhaltigen Ausgestaltung des Transportsektors (siehe ausführlich Abschnitt 4). Formal bedarf es keiner Zustimmung des Senats, indes wird der zur Umsetzung notwendige legislative Rahmen kaum ohne eine Abstimmung mit dem Kongress einzurichten sein.⁶ Aus transatlantischer Perspektive stellt dieser neue Klimabeitrag einen wesentlichen Anknüpfungspunkt für gemeinsame Politikinitiativen dar, um bis 2030 einen ambitionierten Pfad einzuschlagen, der zudem möglichst nicht von einer neuen Administration in vier Jahren wieder umgekehrt werden kann. Er muss auch über den aus Klimaschutzperspektive als nicht ausreichend angesehene Beitrag hinausgehen, den die Obama- Administration eingereicht hatte (Minderung um 26% bis 28% in 2025 verglichen zu 2005).

⁵ Siehe Fiona Harvey 2020 : US to hold world climate summit early next year and seek to rejoin Paris accord. [The Guardian online](#), 14th December 2020.

⁶ Siehe Susan Biniaz 2020 : Returning to Paris : The next U.S. « NDC ». [Columbia Law Blog](#).

Der ausstehende Beitrag der USA an den Green Climate Fund (GCF)

Für viele Entwicklungs- wie Schwellenländer war die Ankündigung des US-Präsidenten Donald Trump, die Beiträge an den GCF nicht weiter zu entrichten, fast wirkungsmächtiger als der Ausstieg aus dem Pariser Abkommen. Von den zugesagten Mitteln in Höhe von 3 Milliarden USD für den GCF waren zum Zeitpunkt des Zahlungsstopps noch 2 Milliarden USD offen.⁷ Zudem müssen sich die USA wie andere Länder auch zur weiteren Auffüllung der GCF-Mittel zwischen 2020 und 2023 äußern. Die Erwartungen der internationalen Staatengemeinschaft sind klar darauf ausgerichtet, dass sich der neue Präsident Joe Biden die Verpflichtung seines Vor-Vorgängers Präsident Barack Obama wieder zu eigen macht. Joe Biden hielt sich sowohl im Wahlkampf als auch im Nachgang zu der Wahl mit diesbezüglichen Aussagen zurück, die Begleichung dieser Klimaschuld findet sich aber in seinem Klimaplan⁸. Für die internationale Glaubwürdigkeit sind jedoch nicht nur die Mittel für den GCF, sondern ein erweitertes Engagement in der internationalen Klimafinanzierung von Bedeutung. Dies kann die Unterstützung des Adaptation Funds genauso umfassen, wie die klimafreundliche Ausrichtung weiterer Finanzierungsinstrumente im Entwicklungsbereich (etwa Multilaterale Entwicklungsbanken) und eine Re-Etablierung der Arbeit von USAID an der Schnittstelle zwischen Konfliktprävention und Klimapolitik. Was die internationale Klimafinanzierung angeht, hat sich der Kongress in den letzten Jahren bei einzelnen Budgetlinien gegen den Präsidenten durchgesetzt und z.B. die Unterstützung für die Global Environment Facility (GEF) oder den Weltklimarat (IPCC) aufrechterhalten. Hier ist also nicht grundsätzlich eine reine Blockadehaltung im Kongress zu erwarten.⁹

Rolle des neuen Regierungsteams

Der designierte Präsident hat bereits in seinem Schattenkabinett entscheidende Regierungsämter und Posten im Bereich Klima- und Umweltschutz prominent besetzt. Ex-Außenminister John Kerry soll hierbei Klimabotschafter werden – eine Funktion, die in der Form bislang bei US-Regierungen noch nicht etabliert worden ist. Als Kopf des Außenministeriums zeichnete sich Kerry nicht nur mitverantwortlich für den erfolgreichen Abschluss des Pariser Abkommens 2015. Er hatte in seiner Zeit als Außenminister einen starken Fokus auf die außen- und sicherheitspolitischen Implikationen des Klimawandels gelegt und dies - zusammen mit Deutschland und anderen G7- Partnern – zu einem Fokus der G7-Außenminister gemacht. In seiner Funktion als Klima-Beauftragter wird John Kerry auch dem National Security Council angehören. Damit hebt Biden die Bedeutung der Klimakrise als Bedrohung der nationalen Sicherheit hervor.

Um die entscheidenden Weichen im amerikanischen Wirtschaftssystem auf grün zu stellen, könnte sich die Ernennung von Janet Yellen zur künftigen Finanzministerin als noch wegweisender erweisen. Die Wirtschaftswissenschaftlerin und ehemalige Präsidentin des Federal Reserve Board (2014-2018) gilt als Klimaschutzbefürworterin und könnte in ihrer Funktion neue Impulse zum Abbau klimaschädlicher Subventionen und zum Ausbau grüner Investitionen geben.

Auch weitere Nominierungen im Zuge des Neustarts weisen grundsätzlich in die Richtung eines ernstgemeinten klimapolitischen *U-Turns* in den USA. An der Spitze der unter Präsident

⁷ Siehe auch David Waskow, Yamide Dagnet, Joe Thwaites and Taryn Fransen 2020 : [How Biden Can Make the US a Global Leader on Climate Action](#). Washington, DC : WRI.

⁸ Biden will recommit the United States to the Green Climate Fund, fulfilling America's pledge and enhancing our security by helping developing countries better manage the adverse effects of climate change, including conflict, migration, and state fragility. Siehe <https://joebiden.com/climate-plan/>.

⁹ Siehe Joe Thwaites 2020 : 2020 Budget Shows Progress on Climate Finance, But US Continues to Fall Behind Peers <https://www.wri.org/blog/2020/01/2020-budget-shows-progress-climate-finance-us-continues-fall-behind-peers>.

Trump arg gebeutelten amerikanischen Umweltschutzbehörde EPA soll demnach Michael Regan stehen – und damit der erste Leiter dieser Behörde mit afroamerikanischen Wurzeln. Regan hat sich in North Carolina einen Namen im Bereich der umweltpolitischen Regulierung gemacht. Um kritische Belange der so genannten Native Americans aufzunehmen, ist die Nominierung von Deb Haaland, Abgeordnete aus New Mexico, für das Innenministerium ein starkes Zeichen. Sie wäre die erste Repräsentantin dieser Bevölkerungsgruppe an der Spitze dieses Ministeriums. Schließlich verdeutlicht die Nominierung der auf Umweltrecht spezialisierten Anwältin Brenda Mallory zur Vorsitzenden des Council on Environmental Quality die neuen umweltpolitischen Ambitionen. Die Afroamerikanerin hat bereits mehrere Jahre als Anwältin für die Umweltbehörde EPA gearbeitet und war zuletzt beim Southern Environmental Law Center tätig, der sich für klassische Umweltschutzthemen wie saubere Luft und Schutz der Wasserressourcen einsetzt.¹⁰

Auch für das Energieministerium werden in der Person von Jennifer Granholm neue Impulse erwartet. Die ehemalige Gouverneurin von Michigan hat dort von 2003 bis 2010 einschlägige Erfahrungen bei der Transformation der Wirtschaft in dem wirtschaftlich angeschlagenen Bundesstaat sammeln können, etwa um den Niedergang der amerikanischen Automobilindustrie aufzufangen, die in ihrem Bundesstaat eine große Bedeutung hatte.¹¹ Hierbei hat die Befürworterin alternativer Energien bei der Ausgestaltung der Transformation stark auf Anreize zum nachhaltigen Umbau des Energiesystems gesetzt und ist dabei auch aktiv auf die Wirtschaft zugegangen.¹² Zudem hat sie für mehr Umweltgerechtigkeit einen eigenen Plan in Michigan auf den Weg gebracht. In ihrer neuen Funktion wird sich sowohl mit der Krise der auf fossilen Energieträgern ausgerichteten Industriezweige (Kohle, Fracking-Industrie) befassen müssen, wie auch mit der Umsetzung einer transformativen Energiewendepolitik, wie sie maßgeblich von vielen aus dem demokratischen Lager, insbesondere AnhängerInnen von Bernie Sanders, gefordert wird. Entsprechend kritischer wurde zunächst auch die Meldung aufgenommen, dass Ernest Moniz, Energieminister in der zweiten Obama-Präsidentschaft, der eher als Anhänger einer traditionellen Energiepolitik gilt, dieses Amt erneut bekleiden soll.¹³ Auf Jennifer Granholm wird die Herausforderung zukommen, die Brücke zwischen einer auf *Energy Dominance* einerseits und Dekarbonisierung andererseits ausgerichteten Energiepolitik zu bauen – ein Unterfangen, das auch stark das außenpolitische Selbstverständnis des Landes berührt.

Insgesamt zeugen die bislang bekannt gewordenen personellen Überlegungen davon, dass Klima- und nachhaltige Energiepolitik zu einem Pfeiler des Regierungsprogramms des neuen Präsidenten gemacht werden. Durch die neue Mehrheit der Demokraten im Senat dürften diese KandidatInnen auch leichter bestätigt werden. Inwieweit es gelingen wird, auch ein Angebot zu machen, die traditionellen Industrien und einschlägigen Gewerkschaften in die weitreichenden Änderungen einzubinden, lässt sich bislang allerdings weniger am Personal ablesen.

Die Idee eines nationalen Klimarates

Eine bedeutende Neuerung könnte die Idee der Einrichtung einer National Climate Councils sein, um die Notwendigkeit ambitionierten Klimaschutzes für die unterschiedlichen Ressorts zu verdeutlichen und dafür zu sorgen, dass stärker als in der Vergangenheit (auch in der Obama-Präsidentschaft) ein kohärentes Klimanarrativ von der Regierung befördert wird, das

¹⁰ Siehe BBC 2020: « Joe Biden says 'no time to waste' as climate team unveiled » <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-55382209>.

¹¹ Siehe Ovunc Kutlu 2020 : <https://www.aa.com.tr/en/americas/us-biden-to-name-heads-of-energy-climate-departments/2079098>.

¹² Siehe Lesley Clark 2020 : [Jennifer Granholm's the pick to lead DOE](#), E&E news, 16th December 2020

¹³ Siehe Bill McKibben 2020 : [Learning How to Talk: What Climate Activists Must Do in the Biden Era](#), Yale Environment 360.

Klimaschutz als nationalen, gesamtgesellschaftlichen Auftrag positioniert. Diese Idee wurde von der Initiative *Climate 21 Project* vorgelegt, die WissenschaftlerInnen und verschiedene Mitglieder von Bidens *Transition Team* umfasst und von Tim Profeta geleitet wird (Leiter des Nicholas Institute for Environmental Policy Solutions an der Duke University in North Carolina¹⁴). Es bleibt indes abzuwarten, in welchem Zuschnitt sich entsprechende Überlegungen tatsächlich umsetzen lassen.

Executive Orders - Präsidialdekrete als (letztes) Mittel der Politik

Die Perspektive, als amerikanischer Präsident wesentliche Leitlinien in einem wichtigen Politikfeld wie Klimaschutz per Dekret durchzusetzen, mag verführerisch sein, zumal nach dem Anti-Klima Kurs Trumps in diesem Politikfeld erheblicher Korrekturbedarf besteht. So wird von Diskussionen unter den Demokraten im Sommer 2020 berichtet, die verschiedene Ansätze seitens des Präsidenten für den Fall einer erfolgreichen Wahl in Erwägung ziehen (Ausruf des Klimanotstands, um Hausmittel neu zu verteilen; die Blockade von Pipeline-Projekten; Importverbot für fossile Energieträger bis hin zur Einführung einer Abgabe beim Import kohlenstoff-intensiver Güter).¹⁵ Allerdings ist dieses Mittel der Executive Orders in der politischen Kultur der USA stets mit großen Vorbehalten bedacht worden, gerade durch die Wirkung, das System der *checks and balances* auszuhebeln. Entsprechend sind die Potentiale auch deswegen als begrenzt anzusehen, weil eine weitere Vergiftung des politischen Klimas droht und Joe Biden gegen sein erklärtes Ziel der Versöhnung und Einheit handeln würde. Aus dieser Perspektive dürften diese Dekrete vornehmlich als letzter Ausweg gelten und andere Ansätze verfolgt werden, um klimapolitische Weichenstellungen zu realisieren, die nicht ohne weiteres umgekehrt werden können (siehe Abschnitte 3.2 und 4.1).

3.2. Die abhängige Variable: Mindestens 2 Jahre ohne „Divided Government“ im amerikanischen Kongress

Eine nachhaltige Neuausrichtung der US-Klimapolitik wird maßgeblich davon abhängen, ob der neue Präsident Biden in der Lage sein wird, Einigungen mit dem Kongress zu erzielen. Dieser war bislang gespalten und weist nun durch die Siege der demokratischen Kandidaten in den Nachwahlen in Georgia eine Mehrheit der Partei in beiden Kammern auf – auch im Repräsentantenhaus fallen auf die Demokraten trotz Verluste immer noch mehr Sitze als auf den politischen Gegner. Im Senat spiegelt sich die Spaltung des Landes in der nun erlangten Pattsituation besonders deutlich. Der Sieg bei den im Bundesstaat Georgia notwendig gewordenen Nachwahlen für beide Senatsposten kann aber auch als eine Bestätigung für den neuen US Präsidenten gewertet werden und kommt dem Wunsch der WählerInnen nach, politische Blockaden zu überwinden. Bei zentralen Abstimmungen, für die eine einfache Mehrheit ausreicht, wird nun das Votum der Vizepräsidentin Kamala Harris den Ausschlag geben – und damit im Prinzip das in den letzten Jahrzehnten wesentlich vorherrschende Phänomen der geteilten Regierung zumindest für 2 Jahre überwunden. Bei den Zwischenwahlen 2022 könnte dann allerdings der Kongress wieder mit beiden Kammern an die Republikaner fallen. Zudem gilt auch in den nächsten zwei Jahren, dass es auch unter den Demokraten VertreterInnen aus Bundesstaaten mit einer starken fossilen Wirtschaft gibt (z.B. Joe Manchin in West Virginia oder Robert Casey aus Pennsylvania), die sich durchaus einer ambitionierten Klimapolitik verweigern können. Auch aus dieser Sicht müssen klimapolitische

¹⁴ Siehe Jeff Tollefson 2020 : Can Joe Biden make good on his revolutionary climate agenda? <https://www.nature.com/articles/d41586-020-03250-z>.

¹⁵ Siehe Barry G. Rabe 2020: [The limitations of a climate change presidency](#).

Initiativen möglichst Zustimmung über Parteigrenzen hinweg erlangen, um nicht in zwei Jahren schon wieder gestoppt zu werden. Wie die Zusammensetzung des seit 2019 eingesetzten parteiübergreifenden *Climate Solutions Caucus* des Senats zeigt, könnten hierfür einige republikanische Senatoren als GesprächspartnerInnen in Frage kommen. Unter den Mitgliedern stehen Lisa Murkowski (Alaska), Rob Portman (Ohio) oder Mitt Romney (Utah) bereits für sehr unterschiedliche Regionen der Vereinigten Staaten.¹⁶

Grüne Konjunkturpakete mit oder gegen die Republikanische Partei?

Ein gegenwärtig naheliegender Schritt ist es, Investitionen zur Wiederbelebung der Konjunktur als Teil des Haushalts angesichts der Pandemie möglichst nach klimafreundlichen Gesichtspunkten auszurichten. Bereits im Dezember 2020 konnten - wohl auch unter dem Eindruck der Wahlergebnisse vom November – Mittel für ein lange blockiertes Konjunkturpaket verabschiedet werden, das erhebliche Anreize zur Förderung alternativer Energien vorsieht.¹⁷ Der Druck auf die republikanischen RepräsentantInnen im Senat dürfte weiter steigen, sich hier nicht einer Fundamentalopposition hinzugeben, so dass auch Zustimmung über Parteigrenzen hinweg in den kommenden Monaten denkbar ist.

Die von Joe Biden in Aussicht gestellte klimapolitische Ausrichtung auf ein klimaneutrales Amerika in 2050 könnte wesentliche Akzente setzen. Der Forschungsverbund Climate Action Tracker hat berechnet, dass die Umsetzung dieses Ziels in den nächsten drei Jahrzehnten zu einer Minderung der US-Emissionen um 75 Gigatonnen CO₂ führen könnte. Global wäre das vergleichbar mit einem vermiedenen Temperaturanstieg von 0,1 Prozent bis zum Ende des Jahrhunderts.¹⁸ Erreicht werden kann dies nur mit erheblichen Mitteln. Diese werden von dem neuen Präsidenten auf 1,7 Billionen US Dollar in den nächsten zehn Jahren beziffert - mit einer erwarteten Hebelwirkung von weiteren 5 Billionen US Dollar aus substaatlichen und Privatsektor-Investitionen. Die Umsetzung dürfte auch regionalen Interessen (z.B. Energiesicherheit, Schaffung neuer Arbeitsplätze) von republikanischen Senatoren und Senatorinnen oder konservativen demokratischen Senatsmitgliedern entgegenkommen. Lehnen diese entsprechenden Haushaltsentwürfe ab, dürfte dies mit nicht unerheblichen politischen Risiken verbunden sein.

Selbst im Falle einer bereits 2022 wieder erfolgenden Mehrheit der Republikaner im US Senat und einer weiter verschärften Blockadehaltung kann der neue Präsident zudem verschiedene großangelegte und mit erheblichen Mitteln ausgestattete Initiativen starten, um grüne Infrastrukturen im Bereich einer erneuerbaren Energieversorgung oder nachhaltiger Mobilität voranzubringen. Zudem bleibt der Administration die Möglichkeit, die angestrebte stärkere klimapolitische Fokussierung in einzelnen Politikfeldern und den entsprechenden Ressorts auszugestalten.

So kann das Innenministerium durch Genehmigungen oder andere finanzielle Anreize auf Bundesebene Offshore-Wind Vorhaben voranbringen oder das Energieministerium erlässt Verschärfungen für Energieeffizienzstandards in verschiedenen Bereichen (z.B. Haushaltsgeräte). Vor allem aber das Finanzministerium unter der neuen Leiterin Yellen kann Finanzregulierungen mit Partnern im Finanzsektor auf den Weg bringen, um die finanziellen Implikationen des Klimawandels angemessen in den entsprechenden Portfolios widerzuspiegeln.¹⁹

¹⁶ Siehe die Webseite des Climate Solution Caucus unter <https://www.coons.senate.gov/climate-solutions-caucus>.

¹⁷ Allan Marks 2020 : [Big Stimulus For Clean Energy: Covid Relief Bill To Include Bipartisan Support For Green Tax Credits](#). Forbes.

¹⁸ Siehe Climate Action Tracker 2020: [USA](#).

¹⁹ Siehe Jeff Tollefson 2020 : Can Joe Biden make good on his revolutionary climate agenda? <https://www.nature.com/articles/d41586-020-03250-z>

Wesentliche, klimafreundliche Standards für den Privatsektor wie ein Clean Energy Standard wären gegen eine republikanische Mehrheit im Senat nicht durchsetzbar gewesen und wäre nun ein denkbarer Ansatz, wobei, wie oben erwähnt, auch konservative Demokraten hierfür sicher gewonnen werden müssten. Das Mittel der Executive Orders zu nutzen (siehe oben) - etwa, wenn es 2022 wieder andere Mehrheiten im Senat geben sollte -, könnte nicht nur die Opposition bei der Republikanischen Partei verschärfen, sondern auch bei gemäßigten Demokraten auf Widerstand treffen. Zudem können solche Regelungen in letzter Instanz vom mittlerweile stark konservativ ausgerichteten obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten kassiert werden.

3.3. Die unbekannte Variable: Entwicklungen auf substaatlicher Ebene nach der Wahl

Der Faktor substaatliche Klimaschutzaktivitäten ist nur insofern eine unbekannte Variable, als dass sich der genaue Klimaschutzeffekt zum Teil nur schwer bemessen lässt. Als Variable für mehr Klima- und Umweltschutz ist die substaatliche Ebene für das politische System der Vereinigten Staaten konstitutiv. Viele Politiklösungen und – innovationen werden zunächst auf der Ebene der Einzelstaaten konzipiert und umgesetzt, bevor sie zu einem Standard in der amerikanischen Politik werden. Gerade während der Präsidentschaft von Donald Trump waren es diese Handlungsebenen, die weiterhin Klimaschutz in den USA betrieben haben.

We are still in – substaatlicher Emissionshandel, 100 Prozent Erneuerbare und mehr

Mehr als zwanzig Einzelstaaten haben sich bislang ambitionierte Klimaschutzziele gegeben, die in den nächsten Jahren mit Umsetzungsplänen zu flankieren sind. Gerade erst hat Massachusetts eine Roadmap zur Dekarbonisierung vorgelegt, die wesentlich aus Solar- und Windenergie setzt. Weiteres eindruckliches Beispiel in der Klimapolitik sind die Emissionshandelssysteme an den beiden Küstenstreifen (*Regional Greenhouse Gas Initiative* (RGGI) von Ostküstenstaaten und die *Western Climate Initiative* von Kalifornien und kanadischen Provinzen, der in der Vergangenheit auch weitere Einzelstaaten angehörten). In Reaktion auf die Abkehr eines Präsidenten Trumps haben sich zudem zehn Bundestaaten der vielfältigen Initiative *We are still in* angeschlossen, die sich dafür einsetzt, das Pariser Klimaschutzabkommen anstelle der amerikanischen Regierung umzusetzen. Zu den Mitgliedern gehören zudem zahlreiche Unternehmen und fast 300 Städte und *Counties*.

Die parallel zur Präsidentschaftswahl abgehaltenen Abstimmungen auf Einzelstaatsebene (u.a. Gouverneurswahlen, Abstimmungen zu einzelnen Gesetzesinitiativen) zeigen, dass sich die neue US Regierung grundsätzlich auf einen Trend auf lokaler Ebene stützen kann, die zumindest den notwendigen Ausbau erneuerbarer Energien weiter voranzutreiben sucht. In Nevada zum Beispiel bestätigten die WählerInnen erneut ein Gesetzeszusatz, der bis 2030 ein erneuerbares Ziel von 50 Prozent vorsieht – auch eine Bestätigung des Vorhabens des Gouverneurs Steve Sisolak, bis 2050 auf 100 Prozent Erneuerbare Energien umzustellen. Einer der sich am prominentesten für Klimaschutz einsetzenden Gouverneure Jay Inslee, Washington State, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Demokrat strebt an, das Stromnetz bis 2030 klimaneutral zu gestalten und bis 2045 auf 100 Prozent Erneuerbare auszurichten.

Insgesamt nutzen gegenwärtig dreißig Bundesstaaten einen Erneuerbaren-Standard (Renewable Portfolio Standard), der die Unternehmen dazu verpflichtet, einen bestimmten Anteil der erzeugten Energie aus erneuerbaren Energien bereitzustellen. Neun von diesen Bundestaaten zielen dabei bis spätestens 2050 auf 100 Prozent ab.

4. Neue Allianzen, neuer Ambitionsschub - für eine transatlantische Klimainitiative

Die Neuausrichtung der amerikanischen Klimapolitik kann für den internationalen Klimaschutz wie auch für das transatlantische Verhältnis dringend notwendige Akzente setzen. Hierfür werden neue bzw. erneuerte Allianzen ebenso notwendig sein, wie unmittelbare Diskussionen darüber, wie die Klimapolitik stärker auf Ambitionssteigerung ausgerichtet werden kann. In der folgenden Übersicht sind die in Kapitel 3 identifizierten klimapolitischen Impulse systematisch gelistet. Ohne Rücksicht auf mögliche innenpolitische Widerstände lassen sich klimadiplomatische Initiativen wie der Wiedereintritt in das Pariser Abkommen und die zeitnahe Ausrichtung eines Treffens großer Emittenten umsetzen. Auch Akzentsetzungen durch Bundesinvestitionen in den Klimaschutz und klimafreundliche Programme im öffentlichen Beschaffungswesen, wie sie Joe Biden im Wahlkampf skizziert hat, sollten politisch realisierbar sein. Die ambitionierten Zielsetzungen für 2035 (Dekarbonisierung des Stromsektors) und 2050 (Klimaneutralität) versprechen eine weitreichende klimafreundliche Transformation, sind aber in der politischen Umsetzung deutlich anspruchsvoller – gerade was die Erreichung des 2035-Ziels angeht. Allerdings zeugen die Bewegungen sechs Wochen nach der Wahl davon, dass die starke klimapolitische Ausrichtung in leitenden Funktionen der Regierung gute Voraussetzungen zur Umsetzung eines *Whole of Government*-Ansatzes in der amerikanischen Klimapolitik schaffen kann.

Ausgewählte Schwerpunkte von Joe Bidens Klimapolitik im Wahlkampf/-programm

- **Wiedereintritt in das Pariser Abkommen mit Amtsantritt.**
- **Ausrichtung eines internationalen Forums für Großemittenten (innerhalb 100 Tage nach Amtsantritt).**
- Zielsetzungen: Klimaneutralität in den USA 2050 und Dekarbonisierung des Stromsektors bis 2035 („100% clean energy economy and reaches net-zero emissions no later than 2050“).
- Bundesinvestitionen von 1,7 Billionen US Dollar in den nächsten zehn Jahren (erwartete Hebelwirkung: mindestens weitere 5 Billionen US Dollar aus substaatlichen und Privatsektor-Investitionen).
- **Nutzung des öffentlichen Beschaffungswesens (500 Milliarden US Dollar stark), um 100% saubere Energien und Nullemissionsfahrzeuge zu unterstützen.**
- **Sicherstellung, dass alle Regierungseigenen Infrastrukturen, Anlagen und Gebäude effizienter und klimafreundlicher werden.**
- **Grenzwerte für Methanverschmutzung durch neue/ existierende Erdöl und – gasanlagen.**
- **Minderung THG-Emissionen im Verkehrssektor – v.a. durch die konsequente Umsetzung des Clean Air Acts und die Entwicklung von umfassenden neuen Verbrauchsstandards für Fahrzeuge und deren vollständige Elektrifizierung.**
- **Veröffentlichung seitens öffentlicher Unternehmen, welchen Klimarisiken sie ausgesetzt sind welche THG-Emissionen entlang ihrer Wertschöpfungskette entstehen.**

(Fettdruck = wahrscheinliche Umsetzung, da der Kongress nicht oder nicht wesentlich blockieren kann)

4.1. Die Rückkehr der USA in die internationale Klimapolitik: Mögliche Einstiegspunkte für Ambitionssteigerung

Der Erfolg des Pariser Abkommens steht 2021 auf dem Prüfstand. Bei dem auf den nächsten November verlegten Klimagipfel in Glasgow (COP26) sind zum einen noch letzte Fragen zur Art der **internationalen Nutzung von Kohlenstoffmärkten** zu klären (Verhandlungen zum Art. 6), um das Regelwerk zur Umsetzung des Pariser Abkommens zu vervollständigen. Hier hatte es bei den letzten zwei Klimakonferenzen Blockaden gegeben, die nunmehr durch eine stärkere Einbringung der USA für einen auf Wahrung der Umweltintegrität und Transparenz ausgelegte Lösung überwunden werden kann. Eine entsprechende Verhandlungslösung kann zu kooperativen Klimaschutzprojekten zwischen verschiedenen Vertragsstaaten führen und damit, im Idealfall, zu einer stärkeren Ambition des Gesamtregimes.

Als besondere, in die Zukunft weisende Frage birgt die Diskussion über ein **langfristiges Klimafinanzierungsziel**, die in Glasgow begonnen werden soll, einiges an Konfliktpotential. Im Kern geht es darum festzulegen, wie nach der Verpflichtung von 100 Milliarden US Dollar pro Jahr ab 2020 der weitere Anwuchs gestaltet wird. Auch hier kann eine frühe Abstimmung mit den USA darüber, ob diese auch Willens sind, ihren Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung zu bringen und zu erhöhen, einiges dazu beitragen, die Verhandlungen zu dynamisieren.

Über allen steht allerdings die Frage, ob die großen Emittenten dazu bereit sind, ihre **nationalen Klimabeiträge (NDCs) substantiell zu erhöhen**, um dem Ambitionsniveau des Pariser Abkommens gerecht zu werden. Hier kann eine enge transatlantische Kooperation dazu beitragen, ein deutliches Signal an die Klimagemeinschaft zu senden. Positiv kann in dieser Hinsicht wirken, dass sowohl China (bis 2060) als auch Südkorea und Japan (bis 2050) bereits wie die EU und die USA verkündet haben, ihre Wirtschaftssysteme klimaneutral zu stellen. Demzufolge sollten die anstehenden aktualisierten NDCs bereits deutlich ausweisen, wie bis 2030 umfassende Transformationsprozesse eingeleitet werden können. Übergeordnet stellt sich hierbei die Frage, wie zusätzlich zu sektorspezifischen Hebeln auch übergeordnete Steuerungsansätze wie vor allem die **systematische Kohlenstoffbepreisung** (inkl. der Aufsetzung von **Emissionshandelssystemen oder eines Grenzausgleichs** für importierte Güter aus Regionen, die entsprechende Klimaschutzauflagen nicht vorsehen) oder die **gezielte Investition in die Entwicklung von Innovationen wie etwa (grünem) Wasserstoff** beinhaltet sein können.

Komplementär zu diesen Maßnahmenbündeln im Kontext der Umsetzung des Pariser Abkommens (und hier v.a. in Bezug auf die NDCs), können sektorale Weichenstellungen, die bis 2030 Wirkungen zeigen müssen, auf internationaler Ebene vorangetrieben werden– etwa über die **Ebenen der G7** (2021: UK Vorsitz; 2022: Deutscher Vorsitz) und **der G20** (2021 Italien Vorsitz; 2022 Indien). Besonders interessant könnte diesbezüglich ein (erneuter) Anlauf sein, auf der G20-Ebene eine Initiative **zur Abschaffung von Subventionen für fossile Energieträger** zu realisieren. Ein entsprechendes Ziel findet sich in Bidens Wahlprogramm und transatlantische Impulse für eine solche Initiative könnten eine bedeutende Dynamik auslösen.²⁰

Durch die Rückkehr der USA zum Pariser Abkommen sind zusätzlich weitere positive Impulse zu erwarten. Bis zum Amtsantritt von Donald Trump waren es gerade die USA, die die **Integration von Klimawandel in den außen- und sicherheitspolitischen Diskurs** befördert haben. Schmerzlich vermisst wurde diese amerikanische Rolle im UN Sicherheitsrat, wo sich

²⁰ Siehe <https://joebiden.com/climate-plan/>

die USA im Juli 2020 im Rahmen der von Deutschland initiierten Debatte zu Klimawandel und Sicherheit praktisch nicht einbrachten. Auch die proaktive Rolle von USAID bei der Programmaufsetzung an der Schnittstelle zwischen Klimaanpassung und Konfliktprävention ist unter der Trump-Administration drastisch zurückgefahren worden – zu Lasten der Resilienzstärkung und Stabilisierung in konfliktgeprägten Regionen, die vielfach erheblich von den Folgen des Klimawandels betroffen sind und sein werden (Verfügbarkeit von Wasser und Nahrungsmitteln, Folgen von Extremwetterereignissen). Hierzu passt auch, dass Joe Biden im internationalen Teil seines Klimaplans hinsichtlich der Erfüllung der internationalen Klimafinanzierungszusagen der USA argumentiert, dass durch diese Mittel auch einen Beitrag zu Stabilisierung und Konfliktprävention in fragilen Kontexten und zum Management von Migration geleistet werden könne.

4.2. Mögliche thematische Einstiegspunkte für transatlantische Kooperationen

Wie sich zeigt, bietet sich eine Reihe von Einstiegspunkten in Bidens möglicher Klimaagenda, um transatlantisch neue Impulse für multilaterale Zusammenarbeit zu setzen. Diese bleiben nicht auf das Feld der internationalen Klimapolitik begrenzt, sondern berühren auch Politikfelder wie die Entwicklungszusammenarbeit oder den Handel, die stärker auf die Anforderungen einer vom Klimawandel und von Klimapolitik erfassten Welt auszurichten sind. Was heißt dies in Bezug auf konkrete transatlantische Initiativen? Vor dem Hintergrund gegenwärtiger Diskussionen in der deutschen und europäischen Klimapolitik können u.a. folgende Bereiche in den Blick genommen werden:

4.2.1. Ansätze der Kohlenstoffbepreisung sowie die Etablierung von Grenzausgleichsmaßnahmen

Das Mittel der Kohlenstoffbepreisung findet in immer mehr Ländern Anklang, um gezielt Anreize für Treibhausgasreduzierungen (THG-Minderungen) zu setzen. In Europa gilt dies wesentlich für die Sektoren, die nicht durch das EU Emissionshandelssystem erfasst sind. Der Erfolg solcher Maßnahmen, die in Nordamerika z.B. auch auf der Provinzebene in Kanada (British Columbia) verfolgt werden, hängt maßgeblich von der Einbettung in einen klimapolitischen Gesamtrahmen ab.²¹ Zudem zeigen Beispiele wie das der Schweiz, dass es hilfreich ist, die Last von höheren Preisen durch Minderungen in anderen Sektoren (z.B. Gesundheit) abzufedern. Die Logik, die auch für die Biden Administration attraktiv sein kann, liegt in der finanziellen Belastung von klimaschädlichem Verhalten und des gezielten Einsatzes dieser Mittel z.B. für umwelt- oder auch sozialpolitische Anliegen. Eine Art Sonderform dieser Bepreisung, die Grenzausgleichsabgabe, bezieht sich auf Importe und richtet sich damit nach außen, um mögliche Wettbewerbsnachteile gegenüber internationalen Konkurrenten im Zuge einer einseitig ambitionierten Klimapolitik auszugleichen. Hier ist eine Art Klima-Zoll auf Produkte der Stahl- oder Zementindustrie denkbar, aber auch Endproduktabgaben im weiten Feld der Waren- und Dienstleistungen bieten sich an.

Wenn dieser Ansatz eines Grenzausgleichs von der EU-Kommission, Frankreich oder auch der Bundesregierung verfolgt wird, mag dies angesichts des Ambitionsgrades der Klimapolitik nachvollziehbar sein. Die USA müssten zunächst einen ambitionierten nationalen Rahmen

²¹ Siehe Conway, Darragh; Johannes Ackva, Axel Michaelowa, Barbara Hermann, Constanze Haug, Aglaja Espelage, Dennis Tänzler and Stephan Hoch 2019: [Tipping the balance. Lessons on building support for carbon pricing](#). Berlin/Amsterdam/Freiburg: adelphi/Climate Focus/Perspectives Climate Group.

etablieren, um entsprechende Auflagen für ausländische Produkte begründen zu können. Am Ende könnte eine gemeinsame transatlantische Initiative zur Einführung eines CO₂-Grenzausgleich auf diese Weise der weltweiten Etablierung von klimapolitisch angemessenen Preisen auf CO₂ den Weg ebnen. Im amerikanischen Kongress sind bereits verschiedene Vorschläge der Einführung eines Kohlenstoffpreises, der durch einen Grenzausgleich für ausländische Wettbewerber flankiert wird, eingebracht worden. Eine deutliche Ambitionssteigerung der amerikanischen Klimaziele für 2030 inklusive der Etablierung sektoraler Kohlenstoffbepreisung könnten somit die Grundlage bilden, um transatlantisch eine entsprechende Forderung zu verfolgen. Mit Blick auf die amerikanische Innenpolitik könnte die Begründung eines solchen transatlantischen „Carbon Clubs“²² eine positive Wirkung entfalten. Zu beachten ist aber auch, dass eine klimapolitisch motivierte Grenzausgleichsabgabe auf kohlenstoffintensive Produkte nicht zu neuen Marktbarrieren für Entwicklungsländer führt.²³

4.2.2. Die Förderung einer grünen Wasserstoffökonomie

Insbesondere in Deutschland ist geradezu ein Hype um die Rolle von Wasserstoff als Baustein einer diversifizierten Energieversorgung entstanden. Klimapolitisch attraktiv kann dies vor allem dann werden, wenn Sektoren adressiert werden können, in denen sonst Klimaschutz nur sehr schwer und in begrenztem Rahmen etabliert werden kann und dies durch den Einsatz klimafreundlicher Energien erfolgt. Im bunten Farbspektrum der Wasserstofflandschaft ist dann von grünem Wasserstoff die Rede. Entsprechende Potentiale in Deutschland und selbst Europa sind durchaus begrenzt, so dass international neben Forschungsk Kooperationen auch gezielt nach Partnerschaften mit Produktionsländern gesucht werden muss. Neueste Forschungserkenntnisse deuten darauf hin, dass die USA ein erhebliches Potential aufweisen, um zu einem bedeutenden Produzenten grünen Wasserstoffs zu werden – und zwar nicht nur in den traditionell innovativen Bundesstaaten wie Kalifornien, sondern auch in Texas, wo durch eine starke Windenergieindustrie (auch Offshore) erhebliche Potentiale für grünen Wasserstoff existieren und die Exportbedingungen über den Golf von Mexiko für Europa naheliegend wäre.²⁴

Da Präsident Biden die Klimaneutralität bis 2050 anstrebt, könnte ein gemeinsames Verständnis zur möglichen Rolle von Wasserstoff in einem klimaneutralen Wirtschaftssystem einen wesentlichen Baustein einer nach vorne gerichteten transatlantischen Agenda beschreiben. Diese umfasst neben dem Export entsprechenden deutschen *Know hows* auch mögliche gemeinsame Demonstrationsprojekte und weitere Austauschmöglichkeiten „entlang der gesamten Wasserstoffwertschöpfungskette“.²⁵ Neben der gezielten Verknüpfung mit der politischen Diskussion, wie die USA und Europa bis zur Mitte des Jahrhunderts Klimaneutralität erreichen können, zählt auch die mögliche gemeinsame Ausgestaltung von Nachhaltigkeitskriterien für grünen Wasserstoff.

²² Siehe William Nordhaus 2015: [Climate Clubs: Overcoming Free-Riding in International Climate Policy](#). In: American Economic Review, Vol. 105, No. 4, April 2015, 1339-70.

²³ Siehe auch Weko, S., Eicke, L., Marian, A., and Apergi, M.: The Global Impacts of an EU Carbon Border Adjustment Mechanism, IASS Policy Brief, November 2020, Potsdam, DOI: 10.2312/iass.2020.055

²⁴ Siehe Raffaele Piria, Franziska Teichmann, Jens Honnen, Jakob Eckardt 2021: [Wasserstoff in den USA. Potenziale. Diskurs. Politik und transatlantische Kooperation](#). Berlin: adelphi

²⁵ Siehe Piria et al (FN 24).

4.2.3. Die Etablierung eines Regulierungsrahmens zur Förderung grüner Finanzmärkte

Wesentliche Erwartungen an eine neue amerikanische Regierung bestehen auch hinsichtlich der Unterstützung grüner Finanzmärkte. Diesbezüglich könnte der neue Präsident auch Weichenstellungen vornehmen, die nicht ohne weiteres in vier Jahren wieder zurückgenommen werden können, wie dies beispielsweise mit Blick auf eine Kohlenstoffsteuer der Fall sein könnte. Transatlantisch aussichtsreich ist die Zusammenarbeit zu globalen grünen Finanzstandards, beispielsweise durch das Aufgreifen von in der EU geplanter Green Bond Standards. Den amerikanischen Investoren wird es diesbezüglich vor allem auch um regulatorische Sicherheit gehen, um für ein kontinuierliches Wachstum von Green Bonds im US Markt stabile Rahmenbedingungen vorzufinden. Auch könnte die nun gezeigte klimapolitische Ambition der US Regierung dazu genutzt werden, sie selbst dazu anzuhalten, wie andere Länder auch, Green Bonds auszugeben.

Ein weiterer bedeutender Anknüpfungspunkt betrifft die Diskussionen um die Veröffentlichung relevanter Unternehmensinformationen bezüglich Klimarisiken und dem spezifischen Beitrag zur Emission von Treibhausgasen. Die diesbezügliche Debatte in Europa findet ihre Entsprechung auch in den USA, z.B. wenn es darum geht, hier Transparenz zu schaffen um es Unternehmen wie auch Investoren zu ermöglichen, fundierte Entscheidungen zu treffen, wie sie sich klimasensitiv aufstellen können. Von europäischer Seite können die konzeptionellen Überlegungen und Diskussionen, die im Kontext der EU Taxonomie geführt werden, in eine verstärkte Zusammenarbeit mit den USA eingebracht werden. Interessant diesbezüglich könnte auch sein, dass die US-Notenbank erst kürzlich Klimawandel als Risiko für die Finanzmarktstabilität anerkannt hat.²⁶ In einem Schulterschluss mit anderen Zentralbanken können diese bislang in der internationalen Klimapolitik noch unterrepräsentierte Akteure den Beitrag der Finanzsysteme zur Bearbeitung von Klimarisiken wie auch zu verstärkten grünen Investitionen bedeutend voranbringen.

Diese drei möglichen Initiativen umreißen die Konturen eines transatlantischen Handlungs- und Handelsraum, der auch ein deutliches Signal an China sendet, in welcher Weise Dekarbonisierung, Investitionen und Handel deutlich stärker miteinander in Einklang gebracht werden können. Europa kann über eine systematische Ausgestaltung des Green Deals in seinen Außenbeziehungen hierzu erste Schritte auf die amerikanische Regierung zugehen.

4.3. Impulse für transatlantische Kooperationen: *Berlin, Brüssel and beyond*

Das Spielfeld transatlantischer Kooperation wird sich aus deutscher und europäischer Sicht sehr viel stärker ausdifferenzieren müssen, um tatsächlich mit einem gespaltenen Amerika in den Dialog treten zu können und den Ambitionsanforderungen internationaler Klimapolitik gerecht zu werden. Hierbei kann ein arbeitsteiliges Vorgehen bestehender Initiativen hilfreich sein, aber es gilt auch neue Wege zu erschließen, gerade wenn aus deutscher und europäischer Sicht ein Dialog mit den Klimabremsern in den USA gesucht wird.

²⁶ Dies gilt auch für die überparteilich zusammengesetzte Commodities Futures Trading Commission, die auch in 2020 einen Bericht veröffentlicht hat, der die Klimarisiken sowie entsprechende finanzpolitische Lösungsansätze vorstellt, siehe Climate-Related Market Risk Subcommittee 2020. [Managing Climate Risk in the U.S. Financial System](#). Washington, D.C.: U.S. Commodity Futures Trading Commission, Market Risk Advisory Committee.

EU-US Kooperationen

Die EU Kommission hat bereits angekündigt, dass sie einen erneuerten transatlantischen Dialog aufsetzen will, der sich auch gezielt grünen Themen widmet. Klimapolitisch muss die EU beim Wort genommen werden, um diese Agenda so konkret und ambitioniert wie möglich zu gestalten. Dies kann auch über eine technische Diskussion zu einzelnen marktorientierten Instrumenten eingeleitet werden und bei Emissionshandel, Kohlenstoffbepreisung oder einer Grenzausgleichabgabe ansetzen – muss aber systematisch um weitere Sektor-Perspektiven (Gebäudesektor, Verkehr, Landwirtschaft) erweitert werden. Auch die Fragen des systematischen Austausches zum Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft als Teilbaustein zur Klimaneutralität sowie der Etablierung grüner Finanzmärkte können europäisch angestoßen werden und bedürfen daher der Aktivierung verschiedener Generaldirektionen über DG CLIMA und ENER hinaus – etwa DG FISMA, die für nachhaltige Finanzen zuständig zeichnet.

Übergeordnete Zielsetzung muss sein, umfassende Transformationsagenden zu befördern und gleichzeitig die spezifischen regulativen Anforderungen auf den unterschiedlichen politischen Ebenen zu berücksichtigen. Das bedeutet konkret, dass unter den Vorzeichen von zwei Jahrhundertkrisen (Klimawandel und Corona-Pandemie), Initiativen idealer Weise sowohl zur wirtschaftlichen Erholung als auch zur systematischen Adressierung der Klimakrise beitragen. Hierfür bietet die gegenwärtige Leitidee eines Green Deals der EU Kommission vielfältige Umsetzungsmöglichkeiten.

Ausbau der Transatlantic Climate Bridge

Seit 2008 wird mit der Klimabrücke durch BMU und AA der transatlantische Diskurs zu Klima und Energie begleitet - zusammen mit der deutschen Botschaft in Washington und den Generalkonsulaten in verschiedenen Regionen der USA und verschiedenen Mittlern aus Politik und Gesellschaft wie auch politischen Stiftungen. Die Idee ist, verschiedene Partner von beiden Seiten des Atlantiks zusammenzubringen, um Kooperationspotentiale zu erschließen und gemeinsame Lernkurven auszubilden – etwa mit Blick auf die Zusammenarbeit auf subnationaler Ebene:

- **Zusammenarbeit zwischen einzelnen Bundesländern und Einzelstaaten**

Ein Beispiel für eine verstärkte politische Zusammenarbeit sind Baden-Württemberg und Kalifornien. Die Schwerpunkte der 2018 geschlossenen Partnerschaft zwischen den beiden Partnern, die beide auch Mitglieder der Under2Coalition sind, umfassen u.a. Klimaschutz, Energie und Umwelt und die Transformation im Verkehr. Dies komplementiert Ansätze der Bundesregierung (v.a. das Bundeswirtschaftsministerium), die den Austausch mit Kalifornien z.B. zu einzelnen energiepolitischen Themen pflegt. Entsprechende klimapolitische Bündnisse ließen sich aber auch bei weiteren bereits bestehenden Partnerschaften von Bundesländern mit Einzelstaaten knüpfen. Rheinland-Pfalz und South Carolina oder Hessen und Wisconsin sind bislang indes wesentlich auf Hochschulpartnerschaften ausgerichtet.

- **Städtekooperationen**

Mittlerweile gibt es eine Vielzahl von Städten, die sich klimapolitisch engagieren – auf beiden Seiten des Atlantiks. Initiativen wie der Covenant of Mayors oder die Under2Coalition tragen zur globalen Vernetzung bei und die Bundesregierung hat durch die Ausrichtung der International Conference on Climate Action (ICCA) in Heidelberg 2019 eine weitere Partnerschaft zum verstärkten klimapolitischen Austausch etabliert (Partnership for Collaborative Climate Action, PCCA). Auch im transatlantischen Kontext hat es, zum Teil

befördert durch die transatlantische Klimabrücke, komplementäre Austauschformate gegeben. Hierzu bieten sich Städtepartnerschaften (Sister Cities) wie zum Beispiel Hamburg und Chicago oder Berlin und Los Angeles genauso an, wie Treffen von verschiedenen Städten, wie sie etwa in Chattanooga (Tennessee) zum Ausbau erneuerbarer Energien angestoßen wurden.²⁷

Auch sektoral wurden bereits in der Vergangenheit Dialoge initiiert, z.B. **zwischen Landwirten aus beiden Ländern**. Auf dieser Ebene wie auch im Austausch mit **Wirtschaft und Wissenschaft** bestehen immer noch viele transatlantische Netzwerke.

Neben der Entwicklung, dass es um die transatlantische Klimabrücke in den letzten Jahren eher ruhig geworden ist, sind auch besonderen Vorzeichen des Jahres 2020 zu berücksichtigen: In Teilen der USA wie in Kalifornien und Arizona herrschte im Sommer der Klimanotstand und es sind gerade die **jüngeren Generationen**, die eine maßgebliche Wende in der Klima- und Energiepolitik einfordern. Mit Blick auf die Demokratische Partei haben sich diese gesellschaftlichen Kräfte wie das **Sunrise Movement oder die Climate Justice Alliance** nicht hinter dem Partei-Establishment um Joe Biden versammelt, sondern maßgeblich hinter dem Hauptkonkurrenten Bernie Sanders. Ähnlich verhält es sich mit der Bewegung **Black Lives Matter**, die mit ihren politischen Protesten die (gesellschafts-)politische Debatte während des Wahlkampfes maßgeblich geprägt hat. Angesichts der Tatsache, dass rassistische Diskriminierung auch stark die Bevölkerung trifft, die gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels und den negativen Begleiterscheinungen fossiler Energieproduktion besonders verwundbar sind, werden hier hohe Erwartungen an eine integrierte Behandlung beider Themen gerichtet werden. Ein Signal, dass der neue Präsident hier aktiv werden wird, zeigt die **mögliche Installierung einer Umwelt- und Klimagerechtigkeitsabteilung im Justizministerium**.²⁸

Für nachhaltige Fortschritte in der Klimapolitik sind diese Initiativen ebenso bedeutend, wie Brücken in das Lager der deutlich klimaskeptischen Segmente zu schlagen. So spricht sich der **Jugendarm der evangelikalen Christen** für eine proaktive Klimapolitik aus.²⁹ Dies steht im Gegensatz zur strikt ablehnenden bzw. leugnenden Haltung des Hauptarms des evangelikalen Spektrums. Hier wie auch mit weiteren Teilen der jüngeren Wählergenerationen im republikanischen Spektrum müssen verstärkte Möglichkeiten des Austauschs als Teil der **transatlantischen Bildungskoopeation** geschaffen werden – z.B. mit Blick auf die oben beschriebenen Ansätze der Bundesländer/Einzelstaatskooperation oder der Nutzung Parlamentarischer Partnerschaftsprogramme.

²⁷ Siehe Transatlantic Sister Cities Dialogue: <https://wutcana.wordpress.com/2011/12/12/berlin-and-energy/>

²⁸ Siehe Brian Kahn und Dharna Noor 2020: How Biden Can Ensure Every Federal Agency Is Fighting Climate Change <https://www.ecosystemmarketplace.com/articles/how-biden-can-ensure-every-federal-agency-is-fighting-climate-change/>

²⁹ Siehe <https://yecaction.org/>

5. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

5.1. Erwartungen an eine klimapolitische Neuausrichtung der USA

Wie lassen sich diese Potentiale, die sich aus den US-Wahlen ergeben, auf den einzelnen Handlungsebenen einordnen und ein gesamtgesellschaftlich stabiles Klimaschutznarrativ in den USA etablieren? Diese Fragen könnten angesichts der Erstürmung des Kapitols am 6. Januar 2021 auf den ersten Blick erst mal in den Hintergrund rücken, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Krise die durch Präsident Trump beförderte Gewalt gegen das Herzstück amerikanischer Politik hervorruft. Allerdings würde ein solcher Aufschub dem Charakter der globalen Klimakrise in keiner Weise gerecht. Die klimapolitische Agenda beschreibt im Wesen eine Transformationsagenda, die einerseits zentral darauf angewiesen ist, die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft, wie sie mit aller Wucht am 6. Januar sichtbar geworden ist, zu überwinden. Andererseits kann genau dieser Entwicklungsprozess hin zu einem gemeinsamen Klimanarrativ in der amerikanischen Gesellschaft dazu beitragen, die Spaltung durch eine erfolgreiche und inklusive Transformation zumindest in Teilen zu überwinden. Dafür braucht es Gestaltungswillen, Geduld und einen umfassenden Dialog über Gerechtigkeit.

Der neue amerikanische Präsident muss sowohl auf der Zeitschiene als auch bei der Etablierung eines stabilen Klimaschutznarratives flexibel reagieren. Er muss die progressiven Kräfte bedienen, um eine tatsächlich wirksame Klimaschutzpolitik umzusetzen und er muss gleichzeitig den gemäßigten wie auch den einen proaktiven Klimaschutz ablehnenden Teil der US Gesellschaft abholen. Bill McKibben beschreibt die Herausforderung treffend, wenn er feststellt: „*Biden's call for unity is real and important, and any plan for the future needs to be very focused on making sure that people currently building oil pipelines have something else to build instead.*“³⁰ Hierbei gilt es zügig zu beweisen, dass der Präsident zum einen alle gesellschaftlichen Kräfte wahrnimmt und gleichzeitig Handlungsfähigkeit zeigt. Die bislang verkündeten personellen Besetzungen in der neuen Administration lassen darauf schließen, dass tatsächlich in einem *Whole of Government*-Ansatz Klimapolitik als übergreifende Aufgabe angegangen und der Transformationsanspruch erkannt wird (Jennifer Granholm als Energieministerin, die bereits in Michigan entsprechende Prozesse nach dem Niedergang der traditionellen Autoindustrie begleitet hat).

Eine – auch zeitlich – naheliegende Priorisierung betrifft die systematische Ausgestaltung der Konjunkturpakete nach Klimaschutzgesichtspunkten, die mittel- bis langfristig den Aufbau von Arbeitsplätzen garantiert und den Übergang entlang sozialer Prioritäten ausgestaltet. Dieser Ansatz ist grundsätzlich nicht neu und folgt Grundlinien der *Just Transition*-Debatte. Die noch vor Weihnachten erzielte überparteiliche Einigung auf ein weiteres Maßnahmenpaket zur Konjunkturbelebung, das lange im Kongress blockiert worden war, kann als Anzeichen einer gesteigerten Kompromissbereitschaft zwischen den Parteien gewertet werden.

Die auf diese Weise avisierten Klimaschutzwirkungen müssen zügig in das Format eines mit Blick auf das Jahr 2030 ambitionierten Klimaschutzbeitrags (NDC) gegossen werden – auch wenn zu bezweifeln ist, dass ein entsprechender Entwurf bereits bis zur COP26 in Glasgow tatsächlich vorgelegt werden kann. Hier bieten sich neben sektoralen Schwerpunkten, die

³⁰ Bill McKibben 2020 : [Learning How to Talk: What Climate Activists Must Do in the Biden Era](#). Yale Environment 360.

bereits in Bidens Klimaplan dargelegt werden, auch die verstärkte Betrachtung von Ansätzen der Kohlenstoffbepreisung (inkl. möglicher Grenzausgleichsmaßnahmen) an.

Genauso bedeutend wird es sein, langfristige klimapolitische Weichen zu stellen, um den Prozess hin zu einem klimaneutralen Amerika bis 2050 unabhängig von wieder wechselnden politischen Regierungskonstellationen (z.B. 2024) einzuleiten. Als Sprungbretter hierzu können v.a. Initiativen zur Schaffung grüner Finanzmärkte sowie Innovationsprogramme zum Aufbau von Infrastrukturen einer klimafreundlicheren Energieversorgung etwa über die Nutzung grünen Wasserstoffs dienen.

5.2. Perspektiven aus Sicht Deutschlands und der EU

Aus Sicht Deutschlands und der EU ergeben sich vielfältige Chancen aus der neuen Regierungskonstellation – dies betrifft die kurzfristige wie auch die mittel- bis langfristige Klimaschutzdimension. Übergeordnet werden sich einzelne geostrategischen Fragen im transatlantischen Verhältnis kaum substantiell ändern. Dies betrifft u.a. die Haltung der USA gegenüber China, die Forderung an Deutschland und Europa hinsichtlich eines höheren Verteidigungsbeitrags oder die Sichtweise auf die Nord Stream 2-Pipeline. Gleichzeitig wird sich der Ton gravierend ändern und dies alleine schon zu einer Wiederbelebung einer transatlantischen Agenda führen. Dem Klimathema kommt auf der transatlantischen Agenda damit der Charakter eines Gewinnerthemas zu – das war in den letzten zwei Jahrzehnten eher die Ausnahme als die Regel.

Um dieses Momentum zu nutzen, sind aus deutscher und europäischer Sicht verschiedene Prioritäten zu verfolgen:

- Die Ausrichtung der **Konjunkturpakete auf Klimaschutzaspekte** - und zwar zum einen in mittel- bis langfristiger Perspektive durch die Förderung von **grünen Finanzmärkten** und zum anderen durch den Aufbau eines **gemeinsamen Innovationsfeldes** wie z.B. einer **grünen Wasserstoffinfrastruktur** (und damit dem systematischen Ausbau erneuerbarer Energien), die auch an die in den USA vorherrschende Diskussion um *Energy Dominance* anknüpfen kann.
- Das Jahr 2021 ist zudem dazu zu nutzen, um mit **umfassenden Klimaschutzbeiträgen die Ambitionslücke** bis 2030 zu schließen. Das europäische Angebot an klimapolitischen Erfahrungen kann vor allem auf die des **Emissionshandels und der Kohlenstoffbepreisung** ausgerichtet werden. Mit Blick auf den Weg hierin, kann auch die gemeinsame Erörterung von Maßnahmen beitragen, einen **CO₂-Grenzausgleich** zu installieren. Mitte 2021 werden konkrete Vorschläge der EU erwartet, die zeitnah in den US-Diskurs eingebracht werden können, um ein abgestimmtes Vorgehen zu eruieren.
- Bis und in Glasgow im November 2021 können transatlantisch gemeinsam **konkrete Verhandlungsimpulse** gesetzt werden, um einzelne Barrieren wie die um internationale **Minderungskoperationen** (im Art. 6 des Pariser Abkommens) zu überwinden und Perspektiven für eine **langfristige Klimafinanzierung** zu entwickeln.
- Eine vertiefte transatlantische Abstimmung zur möglichen Instrumentierung und **Anreizsetzung auch mit Blick auf den Industrie- und Finanzsektor** kann zudem ein deutliches Signal an Infrastruktur- und Investitionsprogramme wie die - klimapolitisch nahezu blinde - **Belt and Road Initiative Chinas** senden. Ein transatlantischer Schulterschluss wäre somit auch aus geostrategische Sicht ein

wichtiger Beitrag, um den größten globalen Emittenten auch in seiner Außenwirtschaftspolitik einzubinden.

- Die Klimaschutzanforderungen sind systematisch auch in anderen wesentlichen Politikfeldern wie **Entwicklungs- und Handelspolitik** zu verankern und damit ein stärkeres globales Momentum auch im Sinne von **Klimagerechtigkeit** zu schaffen. Hier kann ein erster Fokus auf einen transatlantischen Anstoß im Rahmen der G20 (2021 Vorsitz Italien) für den **Abbau klimaschädlicher Subventionen im Energiebereich** gelegt werden.

5.3. Ein 8-Punkte-Programm für eine ambitionierte transatlantische Klimaschutzinitiative

Im Folgenden wird ein 8-Punkte Programm vorgestellt, das gezielt versucht unterschiedliche Handlungsebenen, Zielgruppen und Themen zu adressieren und miteinander in Verbindung zu setzen. Die Reihenfolge entspricht dabei keiner Prioritätensetzung.

1. Amerikanisch - europäische Initiative für klimakompatible Konjunkturprogramme aufsetzen

Fokus: Die Überwindung der Covid-19 Krise und die gezielte Wiederbelebung der Wirtschaftssysteme beschäftigt die Bundesregierung, Europäische Kommission und die neue US-Administration gleichermaßen. Während die EU Kommission bereits einen entsprechenden transatlantischen Dialog zur Bewältigung von Covid-19 vorgeschlagen hat³¹, ist die Verknüpfung zu einer grünen Ausrichtung nicht selbstverständlich und muss eingefordert werden. Da die Bewältigung der Pandemie transatlantisch wie global viele Staaten vor erhebliche Herausforderungen stellt, können Europa und die USA – zusammen mit der britischen COP-Präsidentschaft - bei der Klimakonferenz oder idealer Weise schon im Vorfeld mit entsprechenden Leitlinien für klimakompatible Konjunkturprogramme vorangehen. Hierzu müssten idealer Weise direkt nach Amtsantritt von Bundesregierung und EU Kommission Kontakt mit der neuen US-Administration aufgenommen werden.

Zeitschiene: Einrichtung 1. Quartal 2021, Laufzeit mindestens bis Ende des Jahres, eher länger

Akteure: Regierungsdiallog v.a. Bundesregierung, EU Kommission, US State Department und UK COP Präsidentschaft unter Einbeziehung der Wissenschaft auf EU-Ebene

2. Transatlantische Ansätze für ambitionierten Klimaschutz: CO2-Bepreisung, Emissionshandel und Grenzausgleich entwickeln

Fokus: Alle Parteien des Pariser Abkommens sind angehalten, bis zur COP26 ambitioniertere Klimabeiträge (NDCs) zu formulieren. Mit Blick auf die Diskussion der Ambitionssteigerung stellt die umfassende Bepreisung von Kohlenstoff (komplementär zu Cap and Trade Systemen) einen wesentlichen Baustein dar. Forderungen nach der Etablierung von Maßnahmen für einen Grenzausgleich gewinnen zudem zunehmend an Dynamik und können, gerade transatlantisch, als möglicher Nukleus einer globalen Bepreisung dienen. Eine entsprechende Kopplung bzw. Installierung macht vor allem dann Sinn, wenn in einem Land bzw. Wirtschaftsraum bereits ein umfassender Rahmen zur Begrenzung von CO₂-Emissionen

³¹ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_2279

besteht, z.B. als Teil des NDCs. Das bedeutet auch, dass angesichts der gegenwärtigen Klimapolitik der USA eine Diskussion eher perspektivisch aufzusetzen ist – ein starkes Signal könnte hierdurch aber auch an andere große Emittenten wie China gesendet werden. In eine vertiefte transatlantische Diskussion sind auch die Emissionshandelssysteme in Kalifornien und die vor allem von aus New England stammenden Bundesstaaten getragene *Regional Greenhouse Gas Initiative* (RGGI) einzubeziehen, die bereits ein regionales Handelssystem mit elf Mitgliedern etabliert hat. Die unterschiedlichen regionalen Ansätze können als Sprungbrett für einen mittelfristigen umfassenden nationalen Ansatz darstellen. Auch eine Verknüpfung zur von der Kommission avisierten „Transatlantic Green Agenda“ bietet sich an, um systematisch die Kopplung zu Diskussionen über Handel und Technologie zu gewährleisten.

Zeitschiene: ab 2021 unmittelbar nach Amtsantritt Bidens

Akteure: RepräsentantInnen aus verschiedenen Jurisdiktionen (Parlamente von EU Mitgliedsländer, EU, US Regierung, ggf. interessierte Einzelstaaten wie Kalifornien oder RGGI-Staaten wie Connecticut, Delaware, Maine, Maryland, Massachusetts, New Hampshire, New Jersey, New York, Rhode Island, Vermont und Virginia)

3. Standards für grüne transatlantische Finanzmärkte etablieren

Fokus: Durch die Zusammenführung der in den USA und in Europa geführten Diskussionen zu grünen Finanzstandards, kann ein wichtiger Impuls für global nachhaltige Investitionen geleistet werden. Indem die Portfolios an den Paris-Zielen ausgerichtet werden, können die Finanzströme umfassend umgelenkt werden. Ausgehend von den Finanzministerien sollten sowohl Fragen hinsichtlich der Berichtspflichten (Klimarisiken, THG-Emissionen), als auch Lösungsansätze wie die Auflegung von Green Bonds transatlantisch abgestimmt werden, um die mittel- bis langfristige Ausrichtung der Finanzmärkte zu befördern. Die EU ist hier vor dem Hintergrund der Diskussion um den Aktionsplan zu *Sustainable Finance* und der Auflegung der EU Taxonomie in einer guten Position, auf die US Partner um die neue Finanzministerin Yellen zuzugehen. Zusätzlich können Entwicklungsorganisationen und –banken in diese Diskussion einbezogen werden, um die Finanzierung fossiler Energien in Schwellen- und Entwicklungsländern systematisch abzubauen – auch als Gegenentwurf zur chinesischen Seidenstraßeninitiative.

Zeitschiene: ab 2021 unmittelbar nach Amtsantritt Bidens

Akteure: EU Kommission (DG FISMA); *US Department of Treasury*, weitere Finanzministerien und weitere VertreterInnen der Finanzmärkte (Investoren etc.), Entwicklungsorganisationen und –banken sowie MdBs

4. Transatlantische Innovationspartnerschaft Grüner Wasserstoff begründen

Fokus: Ein Projekt mit Langfristperspektive ist die Ausgestaltung einer Innovationspartnerschaft grüner Wasserstoff zwischen Deutschland und den USA. Dies würde die Vision des designierten Präsident Biden für ein klimaneutrales Amerika 2050 aufgreifen und darauf hinstreben, dies nicht durch mehr Atomenergie, sondern den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien anzugehen. Hierfür braucht es ein gemeinsames Verständnis zur möglichen Rolle von Wasserstoff in einem klimaneutralen Wirtschaftssystem. Deutschland kann hier neben dem Export deutschen *Knowhows* auch gemeinsame Demonstrationsprojekte anstreben und die Diskussion um Nachhaltigkeitskriterien für grünen Wasserstoff anstoßen.

Zeitschiene: 2021 bis 2024 in einer ersten Phase

Akteure: US Department of Energy, Bundeswirtschaftsministerium, National Renewable Energy Laboratory (NREL) sowie weitere Forschungs- und Wirtschaftspartner auf beiden Seiten des Atlantiks

5. G20 Initiative zum Abbau klimaschädlicher Subvention im Energiebereich einbringen

Fokus: Ein gemeinsames Vorgehen der G20-Regierungen zur Abschaffung von Subventionen für fossile Energieträger stand wiederholt auf der G20-Agenda. Ein entsprechendes Ziel findet sich in Bidens Wahlprogramm und ein transatlantischer Anstoß sollte unmittelbar mit Blick auf den italienischen Vorsitz 2021 erfolgen. Wenn sich unter den G20 aufgrund von verbleibenden Widerständen kein Konsens finden lässt, ist alternativ eine begrenzte Koalition an Vorreitern zu bilden.

Zeitschiene: Unmittelbar mit Amtsantritt des neuen Präsidenten

Akteure: Bundesregierung, EU Kommission zusammen mit den USA und dem italienischen G20-Vorsitz

6. Aus „we are still in“ wird „we are all in“: transatlantische Klimabrücke wiederbeleben

Fokus: Die in Opposition zu Trump entstandene vielfältige Initiative „We are still in“ muss in dieser Form verstetigt und mit vergleichbaren Kräften in Deutschland und Europa in Kontakt gebracht werden. Eine auf diese Weise wiederbelebte transatlantische Klimabrücke kann als Forum für den Austausch mit klimapolitischen Meinungsführer*innen aus der Zivilgesellschaft und mit Entscheidungsträger*innen aus der Privatwirtschaft dienen und Partnerschaften für transatlantische Transformationsregionen auf den Weg bringen. Neben gemeinsamen (auch virtuell ausgetragenen) Summits soll das „wie“ der Umsetzung von *Klimaneutralitätszielen* und *Just Transition* im Mittelpunkt stehen. Die Ausrichtung sollte deutlich über 2024 hinausreichen, um eine Verstetigung einer ambitionierten Klimapolitik jenseits der Ausgänge von Präsidentschaftswahlen zu ermöglichen. Auf diese Weise kann auch gewährleistet werden, dass sich progressive zivilgesellschaftliche Kräfte in den USA gezielt in den klimapolitischen Diskurs einbringen und mit ihren Anliegen nicht an den Rand gedrängt werden (z.B. *Climate Justice Alliance*, *Sunrise Movement*). Denkbar wäre zudem, einzelne Regionen, die stark vom Umbruch geprägt sind (z.B. Michigan und Rhein-Ruhr), als Pilotregionen einer gemeinsamen Klimaschutzkooperation unter dem zusätzlichen Gesichtspunkte einer Green Recovery zu unterstützen, um gezielt bestehende Transformationshürden anzugehen.

Zeitschiene: 2021-2030

Akteure: Ein breites Spektrum aus substaatlichen und zivilgesellschaftlichen Kräften (z.B. *Climate Justice Alliance*, *Sunrise Movement*, *Fridays for Future*) inklusive Unternehmen, Städte, Einzelstaaten/Bundesländer

7. Programm 100 KlimabotschafterInnen begründen

Fokus: Um den Klimadiskurs in Amerika auch dort zu verankern, wo das Problem bislang wesentlich ignoriert, wenn nicht sogar geleugnet wird, müssen neuen Wege des Dialogs beschritten werden. Der Austausch zwischen sozialen Bewegungen (inkl. *Fridays for Future*) kann hierbei gezielt in Kontakt mit den Regionen gebracht werden, die sich bislang nicht hinreichend mit der Problematik auseinandersetzen. Hier können Impuls etwa vom

Parlamentarischen Partnerschaftsprogramm oder aber Stiftungen gesetzt werden, um Austauschprogramme anzuschließen, die gewährleisten, dass der Dialog mit diesen Bevölkerungsgruppen gesucht und aufgebaut wird. Mit dieser Form der KlimabotschafterInnen soll gezielt ein nachhaltiges Netzwerk etabliert werden. Austauschprogramme können dazu dienen, gemeinsame Projekte unter Jugendlichen anzustoßen, die dazu beitragen das gemeinsame Problembewusstsein, aber auch gemeinsame Lösungsperspektiven zu schärfen. Ein entsprechendes Programm kann komplementär auch über die europäische Ebene gespielt werden, wobei der Umfang entsprechend ambitionierter zu gestalten wäre (1000 KlimabotschafterInnen). Partnerin eines solchen Ansatzes könnte z.B. die Europäische Kulturstiftung sein, die sich auch um den kulturellen Austausch im transatlantischen Kontext bemüht. Auch Ansätze wie die Kommissions-Initiative „Europäische Bauhaus“, ein ökologisches, wirtschaftliches und kulturelles Projekt, das Design, Nachhaltigkeit und Investitionen kombinieren sollen, kann transatlantisch erweitert werden, um Ideen für Klimaschutz unmittelbar in den Lebenswelten der Bevölkerung zu verankern.

Zeitschiene: 2021/2022

Akteure: Bildungspartner, Mitglieder *Fridays for Future*, Parlamentarisches Partnerschaftsprogramm, Europäische Kulturstiftung und weitere.

8. Initiative für Klimaschutz und internationale Sicherheit voranbringen

Fokus: In den internationalen Verhandlungen sind 2021 verschiedene Fragestellungen zu bearbeiten, die auch starke Überschneidungen zur Wahrung der Umweltintegrität (intergenerationelle Gerechtigkeit) oder sozialen Gerechtigkeit (intragenerationelle Gerechtigkeit) aufweisen. Wie können die Blockaden zum Aufbau internationaler Kooperation im Bereich Minderung (Art. 6) oder die Fragen einer hinreichenden, langfristigen und transparenten Klimafinanzierung gelöst werden? Ein transatlantischer Austausch kann dazu beitragen, hierfür mögliche Lösungspfade zu identifizieren. Ein besonderes Augenmerk kann über die engen Klimaverhandlungen hinaus in der gemeinsamen systematischen Erschließung des Themenfeldes Klimawandel und Sicherheit liegen. Entsprechende außenpolitische Initiativen können über die Ausweitung integrierter Risikoanalysen in konfliktgeprägten und besonders vom Klimawandel betroffenen Weltregionen hinaus, konkrete Programme zur Umsetzung konfliktsensitiver Anpassung entwickeln und deren Finanzierung sichern – fragile Staaten tun sich bislang besonders schwer, an der internationalen Klimafinanzierung zu partizipieren. Die Außenministerien der USA (unter Leitung von John Kerry) und Deutschlands haben bereits 2015 im Rahmen einer von den G7 Außenministerien finanzierten Studie „A New Climate for Peace“ Empfehlungen in dieser Hinsicht begrüßt und könnten – ausgehend von den G7 – ein entsprechend ausgeweitetes Programm mit auf den Weg bringen.

Zeitschiene: 2021 und folgende Jahre

Akteure: Department of State, US AID, Auswärtiges Amt, ParlamentarierInnen, Mitglieder aus Verhandlungsdelegationen (auch aus Entwicklungsländern), NGO-VertreterInnen, VertreterInnen aus der Außen- und Sicherheitspolitik